

XIX. GP.-NR
Nr. 611 1J
1995 -02- 20

ANFRAGE

des Abgeordneten Gföhler, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

betreffend die geplanten Änderungen im österreichischen Schulwesen

Die schulpolitische Debatte der letzten Jahre und die entsprechenden Reformansätze sind von Schlagworten wie Wahlpflichtfächer, Maturareform, Schulpartnerschaft, Integration, Leistungsbeurteilung, Gewalt und Aggression, Autonomie und ganztägige Schulformen geprägt. Viele der in das Regelschulwesen aufgenommenen Neuerungen, wie etwa die Integrationsklassen zum gemeinsamen Leben und Lernen behinderter und nichtbehinderter Kinder in Volksschulen, gehen auf langjährige Erprobungen in Schulversuchen zurück. Nach Ihrer Amtsübernahme ließen Sie verlauten, daß das Unterrichtsressort Ihr politisches Lebensziel sei, weil Sie ein Vierteljahrhundert sozialistischer Politik einer radikalen Kurskorrektur unterziehen wollen und weil dieses Ministerium das Schlüsselressort für die Zukunft ist. Auch die Grünen sind für radikale Veränderungen im Schulbereich. Die von Ihnen skizzierte Richtung dürfte jedoch eine entgegengesetzte sein.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie stehen Sie zu einer Schule, in der die SchülerInnen innerhalb eines gesetzlichen Rahmenlehrplanes gemeinsam mit den LehrerInnen den Ablauf des Unterrichts bestimmen und so den Bedürfnissen der SchülerInnen Rechnung getragen wird?

2. In der Broschüre "Europa und unsere Bildung" liest man auf Seite 15: "In der Europäischen Gemeinschaft gibt es bei aller Vielfalt der Ausbildungsformen und -systeme Übereinstimmung, daß eine Erstausbildung auf hohem Niveau für möglichst alle Jugendlichen sicherzustellen ist" und weiter "Der Trend in Europa geht daher in Richtung gemeinsamer Grund- und Mittelstufe (6 bis 14/15jährige). Erst dann soll die Entscheidung der Jugendlichen für unterschiedliche weiterführende Bildungswege erfolgen". Was rechtfertigt aus Ihrer Sicht die Aufrechterhaltung verschiedener Organisationstypen von Schulen der 10 - 14jährigen?

3. Welche Bildungsziele halten Sie für vorrangig und:

- a) Was bedeutet Ihnen die Integration Behindter?
- b) Was halten Sie von sozialem Lernen in der Schule?
- c) Was halten Sie von Projektunterricht?
- d) Was halten Sie vom Aufsteigen mit einem Nichtgenügend ohne Konferenzbeschluß?

4. Auf Kosten welcher Fächer soll in den Pflichtschulen und weiterführenden Schulen die Fremdsprachenoffensive eingeführt werden, und wie sollen zugleich die Lehrplanstunden für die Schüler gesenkt werden?

5. In welcher Weise wollen Sie die Schulautonomie weiterentwickeln, damit sie diesen Namen auch verdient? Soll es für alle Schultypen entscheidende Änderungen in Richtung finanzieller, administrativer, personeller und pädagogischer Autonomie geben?

6. Welche Prioritäten wollen Sie bei der "Lehrplanentrümpelung" setzen?

7. In der Grundsatzvereinbarung zur Reform des Polytechnischen Lehrgangs und der Berufsschulen sind Punkte enthalten, die sich z. B. auf land- und forstwirtschaftliche Fachschulen existenzgefährdend auswirken, denn ein- und zweijährige berufsbildende mittlere Schulen sollen das 9. Pflichtschuljahr nicht mehr ersetzen können. Wie stehen Sie dazu?

8. Welche Vorstellungen haben Sie bezüglich der Ausbildungspläne von Lehrlingen, um diesen einen prüfungsfreien Zugang zu Fachhochschulen zu ermöglichen? Wie stehen Sie zur Erweiterung der Berufsschulzeit, um eine bessere Ausbildung der Lehrlinge zu erreichen?

9. Was halten Sie von einer Jugendarbeitsinspektion zur Kontrolle der Ausbildungsqualität in den Betrieben, die dem Unterrichtsministerium kompetenzmäßig unterstellt ist?

10. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß die Ausbildung in Flächenberufen forciert wird?

11. Wieso kann Ihrer Meinung nach Begabtenförderung nur in eigenen Schulformen erfolgen? Warum sollen die Unterrichts- und Arbeitsmethoden von Schulen für Hochbegabte nicht in allen Schulen eingesetzt werden?

12. Wenn gemäß Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien von der Erweiterung der Mitwirkungsrechte der Schulpartner die Rede ist, inkludiert dies auch die Mitbestimmung bei der LehrerInnen- und DirektorInnenauswahl? Warum dürfen SchülerInnen in der VS (6-10jährige) weder KlassensprecherInnen wählen, und warum haben sie keinerlei Mitbestimmungsrechte, sodaß sie als Personen mit eigenen Rechten für den Gesetzgeber gar nicht existieren?

13. Wie demokratisch soll die Selbstverwaltung an den Schulen organisiert werden? Wie stehen Sie zur Mitbestimmung der SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern bei der LehrerInnenauswahl und bei der Wahl einer DirektorIn auf Zeit?

14. Wie stehen Sie zur Einführung einer Klassenvorstands- oder Palaverstunde, um soziale und demokratische Verhaltensweisen einzuüben?

15. Welche Schulversuche wollen Sie in nächster Zeit bzw. als erste einstellen?

16. Wie soll die Förderung von Privatschulen in der Praxis aussehen? An welche Kriterien wird die Förderungswürdigkeit geknüpft sein und in welchem Ausmaß soll sie erfolgen? Gibt es Vorarbeiten für einen Entwurf zur Änderung des Privatschulgesetzes? Können die betroffenen Schulen mit einer positiven Erledigung dieser Novelle im Lauf des Jahres 1995 rechnen?

17. Laut Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien ist die Integration behinderter SchülerInnen im Sekundarschulbereich angekündigt. Wird die Integration nicht nur in den Hauptschulen, sondern auch in den allgemeinbildenden höheren Schulen ermöglicht werden? Soll die Integration an den Hauptschulen unter anderen Bedingungen erfolgen als an den allgemeinbildenden höheren Schulen? Was werden Sie tun, um eine seriöse Evaluation von Integrationsversuchen auf der Sekundarstufe zu gewährleisten, um billige parteipolitische Schwarzweißmalerei auf Kosten der betroffenen Kinder und LehrerInnen zu verhindern?

18. Die Revision der Teilungsziffern führt als Einsparziel zu höheren Klassenschülerzahlen. Halten Sie diese Maßnahme nicht für extrem kontraproduktiv, wenn gerade im Fremdsprachenbereich, dessen Offensive Sie planen, geringere Klassenschülerzahlen notwendig wären?

19. Welche konkrete Klassenschülerhöchstzahl bzw. welche Teilungsziffer streben Sie an, und welche pädagogischen Auswirkungen sollen daraus resultieren?

20. Was soll mit der Revision der Anzahl und Größe der Leistungsgruppen und der alternativen Pflichtgegenstände sowie der Reduktion der Unverbindlichen Übungen und Freigegegenstände pädagogisch erreicht werden?

21. Was halten Sie von einem Bücherscheck zur Auswahl von eigenen Materialien im Klassenteam aus dem gesamten Angebot des Lehrmittel und -materialienmarktes?

22. Dienen die geplanten Einsparungen im Schulbereich einer Qualitätssteigerung der pädagogischen Arbeit an den Schulen im Sinne der Präambel des Arbeitssübereinkommens der Regierungsparteien, wo zu lesen ist, "Bildung und Ausbildung sind die beste Investition in die Zukunft"?

23. Wissenschaftlich ist schon längst erwiesen, daß der Schaden, den Noten in laufenden Lernprozessen verursachen, weit größer ist als der mögliche Nutzen. Was spricht aus Ihrer Sicht dennoch für ein Festhalten an der Ziffernbeurteilung?

24. Sind Sie für eine Beibehaltung der Schulsprengel oder treten Sie für eine freie Schulwahl ein?

25. Gemäß § 5 Abs.2 der Leistungbeurteilungsverordnung haben SchülerInnen das Recht, mündliche Prüfungen auf Verlangen abzulegen. Beim SchülerInnenkongreß "Politik zum

Anfassen" am 4.2.95 wurde von den SchülerInnen artikuliert, daß die dafür vorgesehenen Fristen, nämlich "mindestens zwei Wochen" bzw. "mindestens eine Woche" als unangenehm lang empfunden werden. Es wurde für beide Fristen eine Reduktion auf "mindestens drei Tage" vorgeschlagen. Werden Sie diesem Wunsch nachkommen? Und wenn ja, wann?

26. Wie stehen Sie zur Einrichtung von Raucherzimmern bzw. Raucherzonen? Wenn Sie diese ablehnen: An welche Sanktionen ist dann von Ihrer Seite gedacht?